



Stellungnahme zum Kreishaushalt 2024

AfD Fraktion im Kreistag Ostalb

Es gilt das gesprochene Wort – Sperrfrist bis zum 28.11.2023

„Nicht das Klima ist bedroht, sondern unsere Freiheit und unser Wohlstand!“

Vaclav Klaus

„Politikern zu applaudieren, weil sie mit öffentlichen Geldern ein neues Krankenhaus, eine Autobahn oder eine Eisenbahn gebaut haben, ist dasselbe, als wenn man einem Geldautomaten applaudiert, weil er einem das Geld auszahlt.“

David Bowie

Für die AfD Fraktion

Susanne Mützel

Fraktionsvorsitzende

Kreistag Ostalb - Aalen, den 28. November 2023

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kollegen, verehrte Anwesende,

wir begrüßen sehr die Stellungnahme des Landrats gegen persönliche Anfeindungen wegen abweichender Meinungen.

Herr Landrat, Sie haben den düsteren Zukunftsbildern Deutschlands Optimismus entgegengesetzt, wohl wissend, dass Sie einen negativen Ergebnishaushalt mit minus 10,7 Mio. € präsentieren. Aber was sind Ihre Schlüsse daraus? Sparen, den Gürtel enger schnallen, Unnötiges streichen, so wie es jede Familie machen muss? Das vorhandene Geld sollte bei der Entscheidungsfindung der wesentliche Faktor sein. Wir erwarten eine nüchterne Analyse der Situation und Entwicklung unseres Landes in deren Schatten wir leben müssen. Nur das kann die Basis für eine seriöse Planung sein. Es geht hier nicht um Pessimismus oder Resignation, sondern um Realismus. Als Lösung präsentieren Sie dem Kreistag eine Erhöhung der Kreisumlage zu Lasten der Gemeinden und neue Schulden als wachsende Hypothek für eine ungewisse Zukunft.

Die schlechten Wirtschaftsprognosen für Deutschland wollen Sie lieber übertünchen. Wir plädieren dafür, die Realitäten zu betrachten, mit dem Ziel, den Wohlstand zu erhalten. Die Weltuntergangsstimmung kommt von Seiten der Klimafanatiker und der Gesinnungspolitiker.

Machen wir uns nichts vor: Der Abstieg Deutschlands ist eine Folge der seit Jahren abwegigen deutschen Wirtschafts- und vor allem Energiepolitik, massiv beschleunigt durch die Ampel. Corona und Kriege samt offenbar unsinnigen Sanktionen sind verschlechternde Faktoren, aber nicht das Grundübel.

Der Ostalbkreis als Technologiestandort steht derzeit im Verhältnis zu Gesamtdeutschland noch gut da. Aber darf man deshalb wegschauen, die anstehenden Probleme negieren? Mit diesem Haushalt stellen Sie die Weichen auf zunehmende Verschuldung des Ostalbkreises für die kommenden Jahre. Das tragen wir nicht mit.

Energiewende

Die produktiven Arbeitsplätze der Energiewende sind längst in China. Uns bleiben die Installation und Wartung. Wenn wir eine Industrienation bleiben wollen, müssen wir der Volatilität der großen Quellen sogenannter erneuerbarer Energien eine wind- und wetterunabhängige Energieversorgung gegenüberstellen, also bleibend ein teure Doppelversorgung.

Die Negierung der Atomkraft ignoriert die Forderung von fast 2/3 der Deutschen, die laut mehreren repräsentativen Umfragen für den Weiterbetrieb von AKWs sind. Der Ex-ENBW-Chef Utz Claassen fasste es treffend zusammen: „Wir betreiben die dümmste Energiepolitik der Welt.“

Die Regierung zerstört unsere Autoindustrie samt Zulieferern sowie die Schwer- und Chemieindustrie und die Einschlüsse sind auch im Ostalbkreis seit Jahren zu bemerken und kommen immer näher. Die Alfing-Sondermaschinen-Gruppe hat beim Amtsgericht Aalen einen Insolvenzantrag gestellt. Von den 350 Beschäftigten werden im ersten Schritt ca. 100 in die Arbeitslosigkeit gehen. Der Kampf gegen den Verbrennungsmotor zeigt immer mehr Auswirkungen auch bei uns auf der Ostalb.

Herr Landrat, sie möchten die Arbeitsplätze der Automobilwirtschaft in einem Transformationsprozess in die Energiewirtschaft überführen. Diese Arbeitsplätze lassen sich nicht einfach ersetzen. Allein in Baden-Württemberg hängen 235.000 Arbeitsplätze an der Automobilindustrie. Es ist kaum vorstellbar, in der Energiewirtschaft adäquate Arbeitsplätze in diesen Zahlen zu schaffen.

Bürokratieabbau

Die Überbürokratisierung ist offenbar ein gesamtdeutsches Problem, das bis zum Investitionshindernis reicht.

Unspezifizierte Prämienversprechen für Mitarbeitervorschläge zum Bürokratieabbau sind unserer Ansicht nach nicht zielführend, deshalb beantragen wir den Einsatz einer Kommission mit dem Ziel der Vereinfachung und Beschleunigung der internen Arbeitsabläufe einschließlich Abbau entbehrlicher bürokratischer Vorgänge. Sichtbarmachung von wiederholenden Arbeiten mit dem Ziel, diese zu automatisieren (KI).

Bürokratieabbau ist das Gebot der Stunde, damit einher sollte auch ein Personalabbau vonstatten gehen. Die Behördenapparate werden immer monströser. Eng mit der Personalsituation und den sich aufbauenden Schulden des Landkreises verknüpft ist der Neubau des Landratsamtes. Destatis weist für den Bereich der öffentlichen Verwaltung einen bleibenden Home-Office-Anteil von 36% aus.

Wir beantragen zu prüfen, wie hoch der Home-Office-Anteil im Landratsamt ist, welche Einsparungen die zunehmende Digitalisierung ermöglicht und damit verbunden die Frage, ob der Neubau zu groß dimensioniert ist und wir kostensparend auf das kleinere Gebäude verzichten können?

Fachkräftemangel und Migration

In letzter Zeit verändert sich der Ton der CDU zum Thema „Migration und offene Grenzen“. Wie wir alle wissen, hat die CDU den jetzigen Zustand eingeleitet und mit zu verantworten. Seit 2015 strömen Millionen von Armutsmigranten ungehindert in unser Sozialsystem. Woher der Sinneswandel? Richtig, die CDU ist mittlerweile in der Opposition. Herr Arnold, Sie waren vor ein paar Wochen bei Maischberger und stellten dort u.a. richtigerweise fest: „die Akzeptanz der Bürger bröckelt und das Bürgergeld verhindert Integration“. Sie gestalten und befördern seit Jahren die Einwanderung. Setzen Sie sich mit uns für einen kompletten Kurswechsel ein!

Lassen Sie bitte diesen Lippenbekenntnissen echte Taten folgen wie z.B. den Ausstieg aus dem Programm „Sicherer Hafen“, dem Schwäbisch Gmünd seit dem 18.12.2019 angehört. Am Rande sei erwähnt, dass der Kreistag Ostalb mit Einführung der LEA das LEA Privileg freiwillig aufgeweicht hat, gegen die Stimme der AfD. So wurden in den letzten Jahren ohne Not über 1000 Migranten zusätzlich aufgenommen. Was sich auf die Wohnungsnot, sowie den Lehrer- und Ärztemangel im Ostalbkreis direkt ausgewirkt hat, um nur einige Punkte zu nennen. Die Erkenntnis,

dass es so nicht weiter geht, ist das neue Mantra, um die Bürger zu beruhigen. Das ist jedoch nur eine Nebelkerze, denn Landrat und Bürgermeister suchen zeitgleich immer mehr Flüchtlingsunterkünfte, anstatt beizutragen, dem Ganzen ein Ende zu bereiten.

Die AfD beantragt, dass es im Zuge der von Ihnen weiterhin forcierten Flüchtlingsbelegungen keine Enteignungen und Zwangsbelegungen sowie Kündigungen von Mietern, insbesondere von pflegebedürftigen Senioren, wie in z.B. Lörrach und Berlin bereits passiert, geben wird. Es kann nicht sein, dass die Unterbringung von Asylanten lukrativer ist als die normale Vermietung oder Altenpflege. Wir schließen hier ebenfalls die Belegung von Hotels aus, Asylanten dürfen nicht besser gestellt werden als Bürger des Ostalbkreises.

Werfen wir noch einen Blick auf die kommunal wohnenden Flüchtlinge im Ostalbkreis, Stand Juni 2023 sind das 6.252. Diese Zahlen kann man der Landratsamts-Internetseite entnehmen. Leider fehlen hier seit Jahren die entscheidenden Zahlen: der prozentuale Wert in Bezug auf die Einwohnerzahl und der Quotenerfüllungsgrad je Stadt und Gemeinde

Wir beantragen, dass die Übersicht angepasst wird und zusätzlich die entscheidenden Werte ausweist. Es wird ständig von Solidarität gesprochen, aber hier lässt sich Solidarität klar an den Zahlen messen, und einige Städte sind seit Jahren über Gebühr belastet.

Sporthallen sind so wenig das Mittel der Not wie anderweitig immer weiteren Wohnraum zu suchen. Kennen Sie die Geschichte vom Schäfer, der versuchte die Schafe wieder einzufangen, ohne das ursächliche Problem des kaputten Zaunes anzugehen und diesen zu reparieren?

Abschiebung schafft Wohnraum und auch finanzielle Mittel mit Blick alleine auf die Kosten für den „Teilhaushalt 5-52 Integration und Versorgung“. Inkl. Der Transferaufwendungen sind es ca. 10 Mio. €, zzgl. weiterer Kosten u.a. die medizinische Erstuntersuchung für die Bewohner der LEA mit über 120.000€. Diese Kosten sind womöglich mit der sogenannten LEA Vereinbarung durch Sie, Herr Landrat, abgesegnet. In der „Übergangsvereinbarung“ sind verschiedene Passagen enthalten, die den Landkreis betreffen, die aber leider nie im Kreistag zur Diskussion gestellt wurden. Wir haben bereits in unserer Haushaltsrede im November 2021 eine vollumfängliche Einbindung beantragt, was nicht erfolgte.

Wir beantragen erneut eine vollständige Unterrichtung des Kreistages zur LEA und insbesondere zur LEA-Übergangsvereinbarung. Selbst wenn der Landrat rechtlich gesehen die Vereinbarung zeichnen durfte, dann ist es in jedem Falle fraglich, warum Sie diese viel diskutierte Thematik nicht ebenso transparent

wie ihr Vorgänger, Landrat Pavel, im Kreistag zur Diskussion stellten und einen Beschluss einholten? Insbesondere Punkt D der Übergangsvereinbarung betrifft umfänglich den Kreis. Ich zitiere hier aus der Vereinbarung:

D (1) Der Landkreis wird während des aktiven Betriebs der LEA von der Zuteilung von Asylsuchenden zur vorläufigen Unterbringung freigestellt. Der Landkreis ist bereit, im bisherigen Umfang Flüchtlinge aufzunehmen und zu betreuen.

Welche Zahl verbirgt sich hinter der losen Formulierung „im bisherigen Umfang“? Werden Sie bitte konkret und zeigen Sie den Bürgern die Konsequenzen auf.

Wie sollen wir Kreisräte diese Vorgehensweise einordnen, Herr Landrat? Belanglose Dinge, wie den Hitzeaktionsplan mit ca. 2000€ Kosten, sollen wir im Kreistag ebenso beschließen wie Themen, die komplett aus unserem Kompetenzbereich herausfallen wie die „Impfresolution“.

Aber eine LEA Übergangsvereinbarung mit direktem Bezug und weitreichenden Folgen und Kosten für den Kreis bleiben unter Verschluss, da stimmt die Verhältnismäßigkeit nicht.

Es gibt für Deutschland nur eine Lösung: Grenzen schließen, Grenzkontrollen und Rückweisung eindeutig nicht Asylberechtigter und illegal Eingereister sowie eine sofortige Ausweisung von kriminellen Asylanten samt denen, die hier öffentlich antisemitisch auftreten und/oder das Kalifat fordern. Die Scharia ist nicht mit dem Grundgesetz vereinbar und gehört nicht zu Deutschland. Offenem Antisemitismus steht Schweigen, Wegsehen und schlichte Dummheit oder vielleicht nur der verengte Blick entgegen. Sie erinnern sich an unseren Antrag zur Bekämpfung antijüdischer Tendenzen? Diesen lehnten Sie genauso ab wie unsere interfraktionelle Anfrage zu einer Kreispartnerschaft mit Israel.

Massenzuwanderung mit der Fachkräfteeinwanderung zu verbinden ist unlauter. Offene Grenzen und ein Sozialsystem mit Rundumversorgung sind ein unvereinbarer Widerspruch. Die Kommunen dürfen diese katastrophale Politik der „offenen Grenzen“ vor Ort ausbaden. Bestes Beispiel hierfür zeigte eine RTL-Reportage, sie begleitete Herrmann Gaugele, den Leiter des Welcome Centers in Schwäbisch Gmünd. Er besuchte eine 5-köpfige Familie aus Afghanistan, die eine 4-Zimmer-120qm große Wohnung bewohnt. Die Familie kommt auf ein beachtliches „Nettoeinkommen“ von ca. 3200€ Bürgergeld, zzgl. weiterer Leistungen. Dieses Ehepaar hat O-Ton des Berichtes: „keine Bereitschaft und Lust als Handwerker, oder in anderen Berufszweigen als der Diplomatie zu arbeiten“. Das ist mehr als Vermessen und ein Schlag ins Gesicht jedes Steuerzahlers. Das Ehepaar hat erkannt, welche soziale Hängematte Deutschland für Arbeitsunwillige ausbreitet.

Aus gegebenem Anlass beantragen wir einen Bericht, inkl. Erfolgskontrolle des Welcome Centers.

Wir stehen zum Asylrecht, aber dann bitte auch samt konsequent angewandter Drittstaatenklausel. Menschen, die sich eingliedern, mit uns leben und arbeiten und unsere Grundordnung und -werte anerkennen und respektieren, sind geachtet. Selbstverständlich muss es deutsches Recht bleiben zu entscheiden wer nach Ablauf des Asylgrundes wieder ausreisen muss. Asylrecht ist nicht automatisch Bleiberecht.

Es ist genau das eingetreten, was Thilo Sarrazin und auch die AfD seit langem prophezeien. Mit der ungezügelter Massenzuwanderung werden wir unser Demographieproblem nicht lösen, aber unsere Sozialsysteme und damit den inneren Frieden gefährden, zudem fehlen die wenigen wirklich Qualifizierten bitter in ihren Heimatländern. Die Kindergrundsicherung mit 530 - 630€/Kind/Monat wird die Probleme weiter verschärfen.

Innere Sicherheit

Wie steht es um die innere Sicherheit?

Der ZOB in u.a. Aalen, Schwäbisch Gmünd, Ellwangen und Bopfingen sowie die Innenstädte, des Weiteren das Taubental in Schwäbisch Gmünd und in Ellwangen der Ortsteil Schrezheim sind immer wieder „Brennpunkte“. Es geht auch, aber nicht nur, um Gewalt, die den Ostalbkreis einholt, es geht um Diebstahl, Vermüllung und Fäkalien.

Wir beantragen eine Erläuterung zu den Kriminalitätsschwerpunkten des Ostalbkreises durch die Polizei.

Ganz erschreckend sind die neusten Meldungen aus Mutlangen, dort wurde ein 14-jähriger Schüler krankenhausaufreife geschlagen. Kurz vorher hat in Offenbach ein Schüler einen Mitschüler erschossen. Wie ist die Lage in den Schulen des Ostalbkreises?

Die Schulsozialarbeiter werden seit Jahren immer mehr, die Kosten liegen bei ca. 1,6 Mio. €/Jahr. Werden die richtigen Ziele verfolgt? Sinn und Nutzen erschließt sich mir nicht. Ich bin Mutter 3er schulpflichtiger Kinder und weiß wovon ich rede.

Wir beantragen einen Bericht über den Ziel- und Nutzen-Abgleich der Schulsozialarbeiter. Wer gibt die Aufgaben vor und kontrolliert die Arbeit? Gibt es überhaupt eine Erfolgskontrolle? Aller Voraussicht nach lässt sich das viel schlanker gestalten mit einer zentralen Anlaufstelle.

Landwirtschaft

Die regionale Nahrungsmittelproduktion gilt es zu bewahren. Deshalb ist es nahezu absurd, den Landwirten immer mehr Flächen staatlich enteignen zu wollen. Die Landwirte kämpfen bereits heute mit den auszuweisenden Ausgleichsflächen. Wenn wir Sie richtig verstehen, Herr Landrat, dann wollen sie sich tatsächlich dafür einsetzen, dass man keine Ausgleichsmaßnahmen benötigt, wenn man erneuerbare Energien damit schafft? Stehen die erneuerbaren Energien über der Lebensmittelproduktion?

Ich zitiere aus Ihrem 2. Vorschlag zur Flächengewinnung: "Dies kann zum einen dadurch erfolgen, dass die öffentliche Hand endlich gegenüber privaten Eigentümern Instrumente in die Hand bekommt, bei Nichtverkaufsbereitschaft auf die Grundstücke Zugriff zu erhalten" Steht Ihre CDU mittlerweile für Enteignung der Bürger? Warum machen Sie sich mit Aussagen und Initiativen wie dieser zum willfährigen Erfüllungsgehilfen der Energiefirmen? Die benötigen die Flächen bzw. die Zertifikate für ihr Geschäft. Die Klimadoktrin ist da nur Etikett.

Warum wollen Sie unseren Landwirten die Flächen wegnehmen? Sie befördern so immer weiter das deutsche Höfesterben! Das ist für uns unverständlich! Wenn die EU Polen mit Milliarden für die Landwirtschaft und Produktverarbeitung überschüttet, müssen wir das Sterben der Höfe im Ostalbkreis eher zu verhindern versuchen, anstatt auch noch zu beschleunigen. Andernfalls wird dann eben nicht mehr bei uns produziert, und das hat sehr große Auswirkung auf die Qualitätsstandards und auf die Abhängigkeit.

Infrastruktur

Die jetzige Politik lähmt Deutschland immer mehr und liegt wie Mehltau auf den Kommunen. Der Handlungsspielraum wird letztlich durch die Pflichtaufgaben vorgegeben und nimmt die Luft zum Atmen. Der Sozialhaushalt ist überbordend und erdrückend. Für wichtige Infrastrukturprojekte bleibt immer weniger Geld.

Deshalb beantragen wir, die Ausgaben radikal einzustreichen, auf die Kern-/Pflichtaufgaben zu reduzieren. Jeder "Kann-Posten" sollte genau betrachtet und höchstwahrscheinlich gestrichen werden. Gelder für z.B. Gleichstellung, Klimabeiräte oder Fahrradbeauftragte sowie für Entwicklungshilfe und Kultur kann man sich nur leisten, wenn die Kassen gefüllt sind, nicht wenn man Schulden aufnimmt.

Klinik/en

Wenn nicht der Umbau des Ostalbklinikums Aalen wesentlich billiger ist als der Neubau, scheidet diese Option aus. Bisher stehen sich die Schätzungen der Firma Enderra und der Stadt Aalen mit konträren Ergebnissen gegenüber.

Wir beantragen deshalb, eine neutrale sachverständige Kostenschätzung zu veranlassen, anstatt Endera mit der Überprüfung ihrer eigenen Ergebnisse zu betrauen.

Sollte das zu Ergebnissen führen, die der Aalener Schätzung zumindest nahe liegen, bleibt die Frage, inwieweit die Vertreter des westlichen Ostalbkreises einen Umbau des Aalener Klinikums mittragen, denn für die bedeutete das eine weitere Wegeverlängerung. Die Bezahlbarkeit eines Neubaus in etlichen Jahren ist eine weitere Frage.

Die Wichtigkeit des Erhaltes der medizinischen Kompetenzen des Ostalbkreises steht nicht zur Diskussion und ist oberstes Gebot sowie Handlungsleitfaden für die AfD Fraktion. Wir hätten für die Verteilung der Onkochirurgie anders entschieden und sind nunmehr gespannt, wie das künftig funktionieren wird. Die ministeriell geplante Veröffentlichung der Qualitätszahlen der einzelnen Krankenhäuser wird interessante Einblicke ermöglichen und ggf. wesentliche Konsequenzen haben.

Die Führung der Kliniken im Sinne eines Unternehmens birgt die Gefahr der einseitigen Betonung der Wirtschaftlichkeit. Bleibt zu hoffen, dass sich ein guter Kompromiss etwa im Sinne der sozialen Marktwirtschaft halten lässt.

ÖPNV

Wir sind dafür, nicht ausschließlich wirtschaftliche Kriterien anzusetzen, aber einen flächendeckenden Verkehr ohne Ansehen der Kosten können wir uns nicht leisten, und das trägt auch nicht zur Ökologie bei. Der leere Bus ist Ressourcenverbrauch ohne Gewinn. Da ist der Individualverkehr aus allen Gesichtspunkten sinnvoller. Das bevorzugte Verkehrsmittel im ländlichen Raum ist und bleibt der PKW. Eine gute ÖPNV-Taktung zu den Kernarbeits- und Schulzeiten muss vorhanden sein, alles andere ist nicht finanzierbar. Wir haben bereits vor Jahren eine genau Aufstellung der Leerfahrten und der Fahrgastzahlen angefordert, diese konnte bis heute nicht erbracht werden. Bei näherer Betrachtung der Kostenstelle „ÖPNV“ 5470010001 mit einem Betrag von knapp 30 Mio. € erschließen sich uns einige Positionen nicht und bieten gute Möglichkeit, diese nach eingehender Prüfung zu streichen.

Wir beantragen eine ausführliche Erläuterung im Kreistag zu den einzelnen Positionen, insbesondere interessiert uns, was sich hinter der Kostenart: 43180016 LEA-Vertrag verbirgt, die für 2024 mit 107.000€ angesetzt sind.

Radwege

Die Kosten haben sich in den letzten Jahren vervielfacht. Leider lässt sich dies nicht eindeutig den Unterlagen entnehmen, da sie vermischt mit den Kreisstraßen ausgewiesen werden. Es hat den Anschein, dass ein wesentlich höherer Betrag in neu angelegte Radwege investiert wird. Bei Radwegen spielt die Flächenversiegelung augenscheinlich keine Rolle. Radwege sind erstrebenswert, aber Kür.

Zur besseren Verständlichkeit beantragen wir eine separate Übersicht zu den Kreisstraßen und Radwegen zu erstellen. Auch bitten wir um die Ausweisung der Kosten je Meter-Radweg und Meter-Kreisstraße.

Gendern und Deutsch als Amtssprache

Wir wiederholen unseren Antrag, dass in der Verwaltung nicht gegendert wird und setzen uns für den Gebrauch der deutschen Sprache, unserer Muttersprache ein. Caring Community, Welfare-Technolog oder Community Health Nurse - für all dies gibt es deutsche Bezeichnungen. Wir beantragen, die deutschen Begrifflichkeiten zum besseren Verständnis zu verwenden.

Es waren interessante bald fast 5 Jahre. Ich schließe mich den Dankesworten meiner Vorredner an.

Beenden möchte ich unsere Stellungnahme zum Haushalt 2024 mit einem Zitat von Milton Friedman: *“Der einzige Weg, den Staat effizienter zu machen, ist, ihn zu verkleinern.“*

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.